

Aus Bund und Ländern

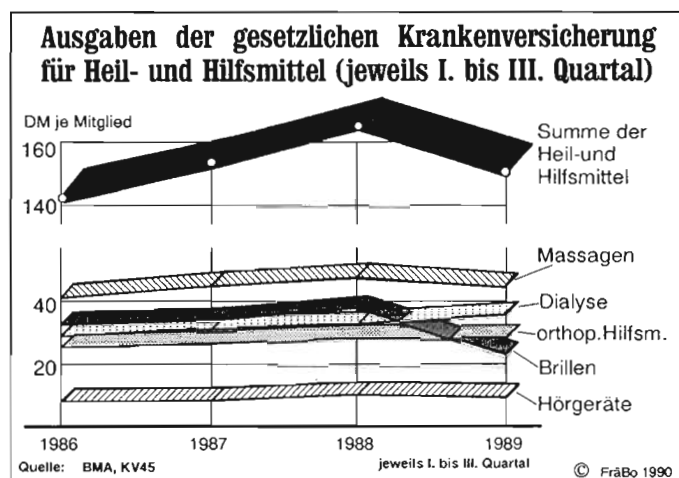
Psychotherapie: Gutachten vergeben

BONN/KÖLN. Im Zusammenhang mit den Absichten der Bundesregierung, ein „Psychotherapeutengesetz“ vorzubereiten und zu erlassen, hat jetzt das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ein wissenschaftliches Gutachten ausgeschrieben, das für die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Regelungen aufzeigen und auch über die sich daraus ergebenden Kosten Auskunft geben soll. Das Gutachten ist inzwischen an Prof. Dr. rer. soc. Dr. med. Adolf-Ernst Meyer, Direktor der Psychosomatischen Abteilung der II. Medizinischen Klinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf zu Hamburg, vergeben worden. Mit einer Fertigstellung der Expertise ist nicht vor Herbst 1990 zu rechnen. EB

Kindesmißhandlung: Hilfsangebote

BONN. Die Kriminalpolizei registriert rund 30 000 Fälle von Kindesmißhandlung pro Jahr. Innerhalb der Jugendhilfe-Organisationen kennt man mehr Betroffene. Kindesmißhandlung ist ein Thema – auch in der Bundesrepublik. Doch letztlich beruhen Erhebungen und Untersuchungen nicht auf verlässlichen Zahlen. Darauf hat Prof. Dr. Reinhart Wolff, Vorstandsvorsitzender des Internationalen Sozialdienstes (Deutscher Zweig), in Bonn hingewiesen. Wolff betonte jedoch: „Die Zahl der schwer mißhandelten Kinder, die wir kennen, reicht aus, um die Hilfsysteme auszubauen.“

Daß es mittlerweile zum Beispiel acht Kinderschutz-Zentren gibt, ist kaum bekannt. Hier gilt das Prinzip: „Helfen statt Strafen“. Einen



In den ersten drei Quartalen des Jahres 1989 konnte die gesetzliche Krankenversicherung bei den Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel einen deutlichen Rückgang verbuchen. Im wesentlichen wurde dieser bei der Versorgung mit Sehhilfen und bei „Leistungen von medizinischen Badebetrieben, Masseuren, Krankengymnasten“ bewirkt. Diese „Einsparung“ beinhaltet allerdings eine Verlagerung von der Solidargemeinschaft auf den einzelnen Patienten; denn höhere Eigenbeteiligungen bei Massagen usw. – besonders bei Brillen – machten den „Einspar-Erfolg“ der Krankenkassen erst möglich.

höheren Bekanntheitsgrad der Zentren und ihrer Arbeit erhofft sich Wolff auch vom 8. Weltkongreß über Kindesmißhandlung und Vernachlässigung. Dazu werden im September rund 2000 Teilnehmer nach Hamburg erwartet. Der Veranstalter, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren, freut sich besonders über die zahlreichen Anmeldungen von Experten aus der DDR und osteuropäischen Ländern. Im Mittelpunkt des Kongreßprogramms stehen diese Themen:

① Hilfsysteme in verschiedenen Ländern – Kinderschutz erfordert in Indien etwas ganz anderes als in der Bundesrepublik.

② Hilfsangebote – Schützen Kinderschutz-Institutionen, oder schädigen deren Mitarbeiter, die helfen wollen, Kinder noch zusätzlich?

③ Vergangenheit – (Alltägliche) Mißhandlung von Kindern im Nationalsozialismus. – Die Bundesarbeitsgemeinschaft veranstaltet den Kongreß für die International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN). th

Unfallchirurgische Abteilungen in Krankenhäusern

KÖLN. Der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) hat an die Landesärztekammern appelliert, sich für die Schaffung selbständiger unfallchirurgischer Abteilungen an allen Krankenhäusern der höheren Versorgungsstufen einzusetzen. Dieser Appell geht zurück auf einen Antrag von Delegierten des 92. Deutschen Ärztetages im Mai vergangenen Jahres in Berlin. Darin waren Maßnahmen zur Förderung der Unfallchirurgie vorgeschlagen worden. Begründet worden war der Antrag in Berlin damit, daß 40 bis 50 Prozent der Betten in chirurgischen Abteilungen mit Unfallverletzten belegt seien. Vorwürfe auf Fehlbehandlung, die vor Gerichten und Gutachterkommissionen verhandelt würden, betrafen bevorzugt die Unfallbehandlung; auch aus diesen Gründen müßten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung getroffen werden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten. EB

Prüfungsstau bei Röntengeräten?

WIESBADEN. In Hessen sind offenbar viele Ärzte der Pflicht, ihre Röntengeräte technisch überprüfen zu lassen, noch nicht nachgekommen. Das stellte zumindest Sozialminister Karl Heinz Trageser (CDU) fest. Aufgrund der 1988 in Kraft getretenen Röntgenverordnung müssen alle Geräte, die vor 1988 in Betrieb genommen wurden, innerhalb einer Frist von drei Jahren technisch überwacht werden.

Minister Trageser erklärte, obwohl diese Frist 1990 endet, hätten Gespräche mit Vertretern der Fachfirmen und den Sachverständigen ergeben, daß bis jetzt lediglich rund 10 Prozent der schätzungsweise 5000 Röntgendiagnostik-Einrichtungen in Hessen überprüft worden seien.

Der Sozialminister appellierte an die Ärzte, ihre Geräte umgehend kontrollieren zu lassen. Werde eine Anlage nicht rechtzeitig geprüft, müsse der Betreiber 1991 mit der Stilllegung rechnen. WZ

Pflegekräfte sind meist jünger als 30 Jahre

HANNOVER. In der ambulanten und stationären Altenhilfe sind zur Zeit bundesweit rund 141 000 Pflegekräfte beschäftigt. Sie versorgen Senioren in knapp 9500 Einrichtungen (rund 6500 Altenheime und 3000 Sozialstationen). Das geht aus einer Repräsentativbefragung hervor, die das Godesberger Infas-Institut durchgeführt hat. 90 Prozent der Pflegekräfte sind der Umfrage zufolge Frauen. 41 Prozent von ihnen sind nicht älter als 29 Jahre. Fast die Hälfte der Mitarbeiter hat eine zweijährige Ausbildung als Krankenschwester oder -pfleger absolviert. Die restlichen Pflegekräfte sind mehrheitlich als Altenpflegehelfer beziehungsweise -helfer ausgebildet. EB